

## **Steffen Rink**

### **Mit Religion zur Integration?**

#### **Über Empowerment, Integration und staatliche Religionspolitik**

Die Beachtung des "Faktors Religion" in der Integration von zugewanderten Menschen ist relativ neu. Das hat auch mit Integrationskonzepten zu tun. Wenn Integration "Assimilation" meint, darf die Religion von Migrantinnen und Migranten maximal die Rolle spielen, die das Christentum als traditionelle Religion in der Aufnahmegesellschaft hat: sie muss "Privatsache" bleiben. Bedeutet Integration eine mehr oder weniger konfliktfreie Form des beziehungslosen Nebeneinanders im Sinne eines Patchworks der Kulturen, gerät Religion leicht in den Verdacht, desintegrierend zu wirken. Es würden Weltbilder Aufrecht erhalten, die mit dem Leitbild einer demokratischen Gesellschaft im Grunde nicht in Einklang zu bringen seien. Die Terroranschläge des 11. September 2001 haben diesen Verdacht gegen (fremde) Religionen, insbesondere gegen den Islam, noch verstärkt.

Dabei zeigen die praktischen Fragen vor Ort, dass Religionen im Integrationsprozess eine Bedeutung zukommt. Konflikte um neue Moscheen beispielsweise lassen sich nicht auf das Baurecht reduzieren, sondern sie spiegeln die Frage der Anerkennung – oder Nicht-Anerkennung – von neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Es ist das Verdienst der früheren Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Marieluise Beck, durch ihre Initiativen den Blick auf solche konkreten Fragen gelenkt und damit den "Faktor Religion" als ein Element für eine gelingende Integrationspolitik – jenseits der Pole von Assimilation und Patchwork – ins Bewusstsein gerufen zu haben.

### **Zahlen zu Migration und Religion**

Statistische Angaben zum Komplex Religion, Migration und Integration werden zunehmend unscharf. Ursache dafür ist auch der Erfolg staatlicher Integrationspolitik. Bis vor wenigen Jahren noch waren Daten zur Zuwanderung mit denen zu "Ausländern" nahezu deckungsgleich. Auf dieser Basis ließen sich dann auch Rückschlüsse über die Religion von Migrantinnen und Migranten ziehen.

Die Statistik zählte Ende 2003 rund 7,35 Millionen Ausländer. Die Zahlen zeigen, dass neben der Türkei (1,88 Mio.) vor allem Menschen aus der "alten" EU (Italien, Griechenland, Österreich, Portugal, Spanien, Niederlande, Frankreich, Großbritannien usw.; zusammen 1,85 Mio.) und den Staaten Ex-Jugoslawiens (knapp 1 Mio.) in Deutschland leben, gefolgt von den EU-Beitrittsstaaten (497.000, davon Polen: 327.000). Zugleich hat es aber seit den 1990er Jahren rund 1,5 Mio. Einbürgerungen gegeben, verstärkt seit der Verabschiedung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts. So ist die Angabe, dass in Deutschland insgesamt 14 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben, bereits lediglich eine Schätzung.

Für die Frage nach dem religiösen Hintergrund dieser Menschen müssen ebenfalls Annäherungen bemüht werden, da hierzu keine offiziellen Daten erhoben werden. Wichtigste nichtchristliche Religion in Deutschland ist der Islam mit etwa 3,2 bis 3,5 Millionen Anhängern, wobei davon ausgegangen wird, dass bis zu 60 Prozent ihren Glauben praktizieren. Weiterhin gibt es rund 1,2 bis 1,5 Millionen Mitglieder orthodoxer Kirchen. In christlichen Freikirchen und Sondergemeinschaften sind zwischen 0,5 und 1 Mio. Migrantinnen und Migranten, vor allem aus Osteuropa, vertreten. Schließlich sind nach dem Ende des real existierenden Sozialismus etwa 160.000 Jüdinnen und Juden aus Osteuropa nach Deutschland

eingewandert, von denen rund die Hälfte Anschluss an eine jüdische Gemeinde hat. Im Bereich Buddhismus und Hinduismus kann man von über 200.000 Gläubigen ausgehen.

Im Zusammenhang von Religion und Integration sind aber neben quantitativen Kenntnissen zwei weitere Zahlen von Interesse: 61 % der gezählten ausländischen Wohnbevölkerung lebt seit 10 Jahren und länger in Deutschland, 19 % sogar 30 Jahre und länger. Untersuchungen zeigen, dass Migrantinnen und Migranten ihre Religion erst nach einiger Zeit auch öffentlich ausdrücken – dass ihre (fremde) Religion also erst im Lauf der Zeit öffentlich sichtbar wird und ggf. auch Konflikte hervorrufen kann. Wenn etwa im Islam zu beobachten ist, dass die sog. Hinterhofmoscheen zunehmend durch repräsentativere Bauten ersetzt werden, ist dies genauso ein Ausdruck dieses Prozesses wie die einsetzende Errichtung hinduistischer oder buddhistischer Tempel.

## Parallelwelten

Die Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, hat sich politisch noch nicht lange durchgesetzt. Entsprechend musste auch festgestellt werden, dass in Deutschland nur ansatzweise Aufnahmestrukturen für Migrantinnen und Migranten vorhanden sind. "Integration" wurde lange über die Ausländer- und Asylgesetzgebung organisiert. Erst die Gesetzgebung der abgewählten rot-grünen Bundesregierung hat hier zu Veränderungen geführt, wenngleich der Eindruck entstanden ist, dass "Integration" jetzt vor allem über das Erlernen der deutschen Sprache erreicht werden soll.

Was in Bezug auf die Integrationspolitik im Allgemeinen gilt, spiegelt sich auch im Komplex Integration und Religionen. Pointiert kann man sagen, dass im Lauf der letzten Jahrzehnte Parallelwelten entstanden sind – und zwar in ganz anderer Weise als der, in der die Öffentlichkeit über Parallelgesellschaften spricht. Politik und die von ihr vertretenen Integrationsansätze stehen sich den Anforderungen der Migrantinnen und Migranten oft recht beziehungslos gegenüber.

Im politischen Raum werden in Bezug auf Migration vor allem soziale Motive diskutiert: Flucht vor Krieg und Menschenrechtsverletzungen, vor Armut und Hunger und, als gewichtigster Faktor, die Arbeitsmigration.

Entsprechend dieser Wahrnehmung wurden auch Lösungsansätze erarbeitet. Ausländer- und Integrationspolitik zielt vor allem auf die Beseitigung von Defiziten, die im Bereich sozialer Ungleichheit identifiziert werden: mangelhafte Wohnraumsituation, soziale Brennpunkte in Quartieren, ungenügende Zugänge zum Bildungssystem und zum Arbeitsmarkt und dadurch mangelnde Chancen sozialen Aufstiegs. Kurz: die Verbesserung sozialer Entwicklungschancen steht im Vordergrund. Hilfsansätze folgen dabei einem Betreuungsansatz, der in der gesamten Sozialpolitik vorherrscht. Von der Mehrheit bzw. der Aufnahmegesellschaft erkannte Defizite müssen beseitigt werden, und die Migrantinnen und Migranten als defizitäre Gruppe sind selbst nicht in der Lage, ihre Situation zu verbessern. Es sind der wohlmeinende Sozialpolitiker und der Sozialarbeiter, die über Sozialprogramme und Sozialstationen die Ziele der Aufnahmegesellschaft verwirklichen. In jüngster Zeit redet auch noch die Wirtschaftslobby mit.

Integration bedeutete daher vorrangig Assimilation, garniert mit etwas Exotismus, der sich auf Multikulti-Festen seiner Weltoffenheit und Toleranz versichern darf.

"Religion" wird als untergeordneter Teil der "Kultur" von Migrantinnen und Migranten verortet und zusätzlich ethnisiert, da die Religiosität der in Deutschland lebenden Menschen nach deren Herkunftsländern bestimmt wird. Türken sind, von Islamisten abgesehen, säkulare Muslime, Iraner hingegen können nur Anhänger des schiitischen Islam sein. Religion ist dar-

über hinaus im Grunde Theologie und eine – möglichst privatisierte – Form von Kultur oder Tradition. Wird Religion politisch, gilt sie als "missbraucht". Darin äußert sich ein europäisch-christlich geprägtes Wahrnehmungsmuster von Religion. Da in Deutschland die Zuständigkeit für alles, was mit Religion zu tun hat, vom Staat nach Möglichkeit den Kirchen übertragen wird, sind es nahezu ausschließlich auch die beiden christlichen Kirchen, die sich mit der Religion der zugewanderten neuen Nachbarn auseinandersetzen. Neben der praktischen Sozialarbeit erfolgte dies vor allem mit dem Instrument des interreligiösen Dialogs (der Theologien) und der interreligiösen Praxis (der Theologen). Dieser Ansatz sollte Konflikte vermeiden helfen, indem man gegenseitiges Verständnis für die Glaubenssätze der jeweils anderen zu erzeugen hoffte.

Auf Seiten der Migrantinnen und Migranten stehen – neben den unmittelbaren Anforderungen, das Leben zu bewältigen – zwei Wahrnehmungen im Vordergrund. Zum einen die Erfahrung der Fremdheit, des Fremdseins in der Fremde, mit oftmals klaren Signalen der Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft. Zum anderen aber die Wahrnehmung der deutschen Gesellschaft in einer wiederum doppelten Weise: Eine säkulare Gesellschaft, deren Wertefundament nicht mehr im praktischen Leben erkennbar ist, die zugleich eine deutlich christliche Prägung aufweist, denn christliche Symbolik, christliche Repräsentanz sind an zahlreichen Orten erfahrbar. In diesem zugegebenermaßen groben Rahmen sind Migrantinnen und Migranten der Anforderung ausgesetzt, eine neue Identität als Minderheit in einer fremden, kulturell und religiös andersartigen, oft auch unverständlichen oder feindlichen Gesellschaft zu entwickeln. Hier hilft und wirkt Religion. Migrantinnen und Migranten – sofern sie für sich nicht selbst das Ziel vollständiger Assimilation bestimmen oder Religion gegenüber grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen – entdecken oftmals die (mitgebrachte) Religion neu, verändern sie auch angesichts der Erfordernisse der Aufnahmegesellschaft, sie leben Religion mitunter bewusster als in ihren Herkunftsländern. Religionen üben in diesem Prozess ihre "klassischen" Funktionen der Wertebegründung und Orientierung aus. Deshalb bedeutet "Integration" für Migrantinnen und Migranten zunehmend die Anerkennung von Differenz, auch der Differenz der Religionen. Wenn schon soziale Ausgrenzungen das Leben bestimmen, soll wenigstens das, was Identität ausmacht, öffentlich und gleichberechtigt gelebt werden können.

Konflikte um Religionen stellen sich als Integrationskonflikte dar, die nicht von Kirchen im interreligiösen Dialog gelöst werden können. Zuständig sei vielmehr der Staat, der für die rechtliche Gleichstellung und für die Durchsetzung der religiösen Ansprüche sorgen soll. Der Staat aber verweigert sich allzu oft dieser Aufgabe, da er seine Rolle nicht in der Förderung von Religionen bzw. der Religionsgemeinschaften der Migrantinnen und Migranten sieht (und so den erreichten Status quo verändern würde, was zu neuen Konflikten mit etablierten Religionsgemeinschaften führen könnte).

### **Handlungsfelder und Empowerment**

Aufgrund dieser Struktur lassen sich die aktuell vor allem von Muslimen vorgebrachten, ungeduldigen Vorwürfe verstehen, dass in Bezug auf die Anerkennung der Religionen keine nennenswerten Fortschritte erzielt werden, der Staat aber zugleich – hinhaltend – immer neue Forderungen an Organisationsstrukturen oder Bekenntnissen zum demokratischen Gemeinwesen aufstellt, ehe er die Gleichbehandlung mit den großen Kirchen unterstützen könne.

Dabei gibt es eine Reihe von Handlungsfeldern, die schon jetzt eine große Bedeutung haben oder aber in Zukunft immer stärkere Bedeutung erlangen werden, und zwar nicht nur für die Muslime.

Die wichtigsten sind: Planung, Bau und Unterhalt religiöser Stätten, Religionsunterricht in der Schule, selbst verantwortete Betreuungsangebote und Einrichtungen in der Jugendhilfe, Seelsorge im Krankenhaus, Bestattungswesen, Einrichtung und Förderung von Bildungseinrichtungen wie Akademien oder die Unterstützung theologischer Ausbildung an den Hochschulen, Gleichstellung von Frauen und Behinderten, Beteiligung im Bereich der Politikplanung, das heißt die gleichberechtigte Einbeziehung in Gremien und Beiräte einschließlich der Vertretung in öffentlich-rechtlichen Institutionen wie den Rundfunkanstalten.

Viele dieser Handlungsfelder sind im kommunalen Bereich angesiedelt. Das ist nicht nur wichtig, um potenzielle Ansprechpartner auf Seiten des Staates zu identifizieren und Möglichkeiten der Gleichstellung richtig einzuschätzen. So sehen etwa die großen Verbände der Muslime meist die jeweilige Landesregierung oder die Bundesregierung als verantwortlichen Gesprächspartner an. Vielmehr bedeutet der kommunale Bezugsrahmen auch, dass die Möglichkeit besteht, die Vereinigungen und die in ihnen organisierten Menschen vor Ort in die praktische Umsetzung der Anliegen einzubeziehen. Hier wird der Empowerment-Ansatz wichtig. Es wird für eine gelingende Integration nicht mehr darum gehen können, Minderheiten in einem sozialen Betreuungsansatz gleichsam zu bevormunden, indem Ziele und Wege von außen festgelegt werden. Empowerment besagt, dass die Menschen selbst in die Lage versetzt werden, ihre Interessen zu definieren und gegenüber der Umwelt zu vertreten. Dabei sind Aspekte der Selbstorganisation, der Finanzierung, aber auch der Qualifizierung berührt – Aspekte, bei denen selbstverständlich die Unterstützung der Mehrheitsgesellschaft erforderlich sein wird. Empowerment in der Integrationsarbeit, gerade auch in Bezug auf Religionen, bedeutet deshalb, dass sich auch die Mehrheitsgesellschaft, ihre Institutionen und Repräsentanten bewegen müssen, so dass für die Lösung von konkreten Problemen ein gemeinsamer Prozess in Gang gesetzt werden kann, der beide Seiten gleichberechtigt teilhaben lässt und dort unterstützt, wo die Migrantinnen und Migranten selbst Defizite formulieren. Erfahrungen etwa bei Moscheebauprojekten zeigen, dass hier eine für alle vorteilhafte Lernerfahrung organisiert werden kann, die zugleich zu Vertrauen, Bereitschaft für Kompromisse, zu Offenheit und gegenseitigem Respekt und nicht zuletzt zum Verständnis für die Handlungsabläufe und -strukturen des jeweils anderen führt.

## Chancen und Herausforderungen

Dieses positive Bild einer gelingenden Integration darf natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass weiterhin Konflikte auftreten werden, die nicht immer im Sinne eines gemeinsam erzeugten Konsenses zu lösen sein werden. Die hier nahe gelegte stärkere Berücksichtigung von Religionen im Integrationsprozess beinhaltet aber auch grundsätzliche Chancen und Herausforderungen, die sich in vier Bereichen gegenüberstellen lassen.

Für die *Partizipation* der Bürgerinnen und Bürger im Staat – neuerdings auch diskutiert unter dem Stichwort der *Zivilgesellschaft* – würden weitere Bevölkerungsteile in die politisch vermittelte Gestaltung der Gesellschaft einbezogen. Dem gegenüber steht, dass Partizipation meist im Sinne einer Verbändedemokratie und jenseits demokratischer Verfahren organisiert wird, was unter demokratietheoretischen Aspekten kritisch zu sehen ist.

Die *Steuerung* politischer Prozesse gewinnt an Qualität durch die Beteiligung zusätzlicher sozialer Gruppen, so dass mehr unterschiedliche Interessen in einen Ausgleich gebracht werden können. Zugleich kann aber die Steuerungskompetenz der staatlichen Organe verloren gehen, da Entscheidungen weniger durch Mehrheitsbeschlüsse denn durch (vorpolitische) Aushandlung getroffen werden, die von den staatlichen Institutionen nur noch umzusetzen sind.

In Bezug auf das *Verhältnis von Staat und Religion* würde die Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung, wie sie durch das Grundgesetz gefordert ist, verbessern. Es würde aber auch eine sich verfestigende Privilegierung von Religionsgemeinschaften mit sich bringen.

Die *Entwicklung der Gesellschaft* kann durch die Integration weniger konfliktbegleitet sein. Angesichts der Anerkennung unterschiedlichster Religionen mit ihren jeweiligen Wertesystemen ist aber genauso eine Konfliktverschärfung denkbar, die sich durch einen gesellschaftlich nicht mehr ausgleichbaren Wertepluralismus ergeben könnte.

Es wird für die Gestaltung von Integration entscheidend darauf ankommen, welches Leitbild nicht nur von Integration, sondern auch von zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklung ausgehandelt wird. Die bisherige Integrationsgeschichte hat aber deutlich gemacht, dass weder das Ignorieren neuer Akteure mit neuen Anforderungen und Bedürfnissen noch das stete Beharren auf einem kulturellen oder religiösen Alleinvertretungsanspruch zur Lösung aktueller Herausforderungen beiträgt. Vielleicht sollte in der Diskussion auch bedacht werden, dass die christlich-säkulare Aufnahmegesellschaft in vielen Bereichen bereits heute so deutliche kulturelle und religiöse Differenzierungen aufweist, dass die Gegenüberstellung von homogener Mehrheit und Kultur bedrohender Minderheit schon längst nur noch der Verteidigung hegemonialer kultureller und religiöser Ansprüche dient.

---

### Literaturhinweise – Internet

Baumann, Martin: *Migration – Religion – Integration*. Buddhistische Vietnamesen und hinduistische Tamilen in Deutschland. Marburg 2000.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: *Religion – Migration – Integration in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft*. Berlin 2004.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: *Islam einbürgern – Auf dem Weg zur Anerkennung muslimischer Vertretungen in Deutschland*. Berlin 2005.

Jansen, Mechthild M.; Keval, Susanna: *Religion und Migration*. Die Bedeutung vom Glauben in der Migration. Wiesbaden 2003.

<http://www.migration-religion.net> – Seite des Netzwerks Migration und Religion mit Projekten und Literatur.

---

**Steffen Rink**, Jg. 1965, ist freiberuflicher Publizist und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdienstes e. V. REMID in Marburg.  
<http://www.steffenrink.de>

Der Text basiert auf dem Vortrag zur IBKA-Tagung am 2. Oktober 2005 und ist auch erschienen in: *MIZ - Materialien und Informationen zur Zeit*, 2005, Heft 4.  
<http://www.miz-online.de>